

Deutschland-Bernkastel-Kues: Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

OJ S 161/2023 23/08/2023

Auftragsbekanntmachung – Sektoren

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindewerke Bernkastel-Kues

Postanschrift: Gestade 18

Ort: Bernkastel-Kues

NUTS-Code: DEB22 Bernkastel-Wittlich

Postleitzahl: 54470

Land: Deutschland

E-Mail: zvs@bernkastel-kues.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.bernkastel-kues.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK76PSX/documents>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK76PSX>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte

Postanschrift: Löhrrstraße 99

Ort: Koblenz

NUTS-Code: DEB11 Koblenz, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 56068

Land: Deutschland

E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de

Telefon: +49 261/988662-0

Fax: +49 261/988662-20

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.webeler-rechtsanwaelte.de

I.6. Haupttätigkeit(en)

Wasser

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

VGW Bernkastel-Kues - Hochbehälter Erden, Los 2 - Leistungen der Tragwerksplanung

Referenznummer der Bekanntmachung: 82/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Verbandsgemeindewerke Bernkastel-Kues betreiben ein Netz zur Wasserversorgung. Die Verbandsgemeindewerke Bernkastel-Kues beabsichtigen die Versorgungssicherheit des Gewerbegebiets "Ürziger-Mühle", der Ortsgemeinden Erden und Löslich, des Parkplatzes "Moselblick" an der B50 "neu", zu erhöhen bzw. zu ermöglichen. Die Verbandsgemeindewerke haben durch das Ingenieurbüro Jakobs-Fuchs eine Projektstudie erstellen lassen zur Machbarkeit einer technischen Lösung, deren planerische Umsetzung die Verbandsgemeindewerke beabsichtigen.

Im Zuge dessen ist der Hochbehälter "Erden neu" mit folgenden voraussichtlichen Kosten zu errichten:

KG 300: 1.550.000 EUR (netto)

EMSR-Technik: 200.000 EUR (netto)

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe der Leistungen der Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1-6 nach § 51 HOAI.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB22 Bernkastel-Wittlich

Hauptort der Ausführung: Bernkastel-Kues

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Verbandsgemeindewerke Bernkastel-Kues betreiben ein Netz zur Wasserversorgung. Die Verbandsgemeindewerke Bernkastel-Kues beabsichtigen die Versorgungssicherheit des Gewerbegebiets "Ürziger-Mühle", der Ortsgemeinden Erden und Löslich, des Parkplatzes "Moselblick" an der B50 "neu", zu erhöhen bzw. zu ermöglichen. Die Verbandsgemeindewerke haben durch das Ingenieurbüro Jakobs-Fuchs eine Projektstudie erstellen lassen zur Machbarkeit einer technischen Lösung, deren planerische Umsetzung die Verbandsgemeindewerke beabsichtigen.

Im Zuge dessen ist der Hochbehälter "Erden neu" mit folgenden voraussichtlichen Kosten zu errichten:

KG 300: 1.550.000 EUR (netto)

EMSR-Technik: 200.000 EUR (netto)

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe der Leistungen der Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1-6 nach § 51 HOAI.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/12/2031

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungsleistungen, beurteilt anhand der Referenzprojekte, die die Maßgaben unter III.1.3 erfüllen (50%),
2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen (25%),
3. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen mit den angegebenen Referenzobjekten, die die Mindestanforderungen erfüllen (25%).

Sonstiges:

Bei gleichqualifizierten Bewerbern entscheidet hinsichtlich der Teilnehmerauswahl das Los. Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt. Zunächst werden in einer ersten Leistungsstufe die Planungsleistungen von der Entwurfsplanung bis zur Genehmigungsplanung Leistungsphasen 1 und 4 nach § 51 HOAI beauftragt, sodann in der Leistungsstufe 2 die weiteren Leistungsphasen von der Ausführungsplanung bis zur Vorbereitung der Vergabe-Leistungsphasen 5 bis 6 nach § 51 HOAI.

Es besteht kein Anspruch auf Beauftragung weiterer Stufen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.

4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gemeinschaft von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf die verbundenen Unternehmen zutrifft.
5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB).
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag in Textform zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Mio. EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden mindestens 1,5 Mio. EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung über die Haftpflichtversicherung, durch eine Erklärung der Versicherung nachzuweisen oder durch eine Erklärung des Bewerbers nachzuweisen, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung stehen wird. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).
2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).
3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.
4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

1. Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Planers über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Bauingenieurwesens verfügen.
2. Hinsichtlich der Bürogröße muss der Bewerber neben den Personen des Planers über jeweils einen Vertreter mit mindestens vergleichbarer beruflicher Qualifikation verfügen.
3. Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung Einrichtungen für die Trinkwasserversorgung durch geeignete Referenzen nachzuweisen. Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte im Wesentlichen kosten- und termingerecht abgewickelt wurden. Hierzu sind mindestens zwei Referenzen nachzuweisen. Die Referenzen müssen Leistungen der Tragwerksplanung für wasserberührte Stahlbeton-Bauwerke in WU-Bauweise zum Gegenstand haben zum Beispiel Becken, Behälter, wasserdichte Wände und zwar in vergleichbarer Größe.

Bei den Referenzen müssen mindestens die Leistungsphasen 3-6 im Sinne von § 51 HOAI erbracht worden sein und die Fertigstellung muss nach dem 01.01.2016 erfolgt sein.

Der Bewerber hat für die jeweilige Referenz eine kurze Beschreibung der Maßnahme zu machen, einschließlich der erbrachten Planungsleistungen und Leistungsphasen, des Leistungszeitraums (maximal 5 DIN-A4-Seiten einschließlich Abbildungen und Plandarstellungen).

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden ist.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe Ingenieur benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 18/09/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur - unter www.dtyp.de (Identifikationsnummer CXP4YK76PSX) einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden.

2. Für den Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB wird ebenso die vom Bewerber angegebene Faxnummer verwendet. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz mit dem Bewerber ausschließlich über die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten des bevollmächtigten Partners der Arbeits-/Bietergemeinschaft.

3. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen. Der erfolgreiche Bieter ist verpflichtet, im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung alle erforderlichen Angaben und Auskünfte hierzu zu erteilen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YK76PSX

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Fax: +49 6131/162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bewerbern/Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen schriftlich zu rügen. Erklärt der Auftraggeber, dass er der Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle schriftlich einen Nachprüfungsantrag zu stellen. Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat. Verstöße

gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

18/08/2023